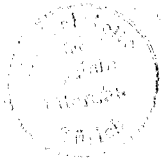
=1 Regierung + Krieg

II
32.2

Zur Frage der Verantwortung am Weltkriege

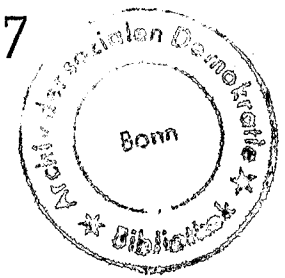
Dem Internationalen Sozialistenkongreß in Genf als Denkschrift überreicht vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands



[1920]

G8
ZB

A 88-167



In älteren Zeiten überwog in der Sozialdemokratie die Meinung, daß der Krieg notwendig mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verknüpft sei und daß, solange diese bestehe, auch er sich nicht werde vermeiden lassen. Sah man also dem Ausbruch eines großen Krieges wie einem unabänderlichen Fatum entgegen, so verband man mit ihm doch die Erwartung, er werde zu einem jähen Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft und damit unmittelbar zum Sieg des Sozialismus führen.

Die Meinung, daß die kapitalistische Ordnung unfehlbar zu bewaffneten Konflikten der Völker führe, fand ihre Bestätigung in den vielen Kriegen, die seit 1870/71 ausbrachen und an denen Deutschland nicht beteiligt war, so des russisch-türkischen, des amerikanisch-spanischen, des Burenkrieges, des russisch-japanischen Kriegs, der Balkankriege — von den zahlreichen eigentlichen Kolonialkriegen gar nicht zu reden. Doch hatten alle diese Komplikationen die eigentlichen Zentren der europäischen Kultur nicht berührt, und je länger der Weltkrieg auf sich warten ließ, desto mehr Boden gewann die Hoffnung, es werde möglich sein, ihn zu verhindern.

So wurde der ursprüngliche Standpunkt des Fatalismus verlassen, und die deutsche Sozialdemokratie, wie die Internationale überhaupt, ging nach und nach zu einem tätigen Pazifismus über, der sich das Ziel setzte, von der zivilisierten Welt durch die Macht der organisierten Arbeiterklasse die Katastrophe eines Krieges fernzuhalten. Das war nur möglich, wenn sich die Internationale als aktiver Faktor der auswärtigen Politik betätigte.

Mit tiefer Sympathie verfolgte die deutsche Sozialdemokratie den Kampf der französischen Genossen gegen das Bündnis des republikanischen Frankreich mit dem zaristischen Rußland. Bei der Beliebtheit, der sich Frankreich und alles Französische vor dem Kriege in fast allen Schichten des deutschen Volkes erfreute, schien ein neuer Krieg mit dem westlichen Nachbar eine glatte Unmöglichkeit, wenn dieser nicht eben der Bundesgenosse des tief verhaßten, mit allem Mißtrauen bedachten russischen Zarismus gewesen wäre. Nichts schien daher der Erhaltung des Weltfriedens förderlicher zu sein als die Lösung dieses unnatürlichen Bündnisses, und wir wünschten den französischen Genossen aus heißem Herzen Erfolg.

Es war vielleicht ein Fehler, daß die deutsche Sozialdemokratie das deutsche Bündnis mit Österreich-Ungarn nicht ebenso als eine Kriegsgefahr erkannte wie das russisch-französische. Aber die nationalen Beziehungen zu dem deutschen Teil der Bevöl-

kerung dieses Doppelstaates und das Vertrauen in seine wesentlich auf Erhaltung bedachte und darum kaum angriffsfreudige Politik machten uns für diese Gefahr blind. Die Meinung, daß der Dreibund „ein Hort des Friedens" sei, gehörte zu dem essentiellen Bestand der öffentlichen Meinung und fand in allen Parteien Anklang.

Eine Lösung des Verhältnisses zu Österreich-Ungarn war auch nicht möglich, solange Deutschland mit der Wahrscheinlichkeit rechnen mußte, in diesem Fall allein einer großen Mächtekoalition gegenüberzustehen. Diese Wahrscheinlichkeit wurde durch die Annäherung Englands an Frankreich-Rußland noch vergrößert. In Deutschland war die Meinung allgemein, daß in dieser mächtigen Koalition Kräfte am Werke waren, die mit großer Energie auf die Erreichung ihrer imperialistischen Ziele ausgingen und bereit waren, unter Umständen auch mit Gewalt ihren Willen durchzusetzen.

Die deutsche Weltpolitik verfolgte in den letzten Jahren vor dem Kriege die Linie Hamburg—Bagdad. Wir hielten diese für die relativ ungefährlichste, weil sie ihr Ziel nur in der friedlichen wirtschaftlichen Durchdringung, nicht aber in gewaltsamen Annexionen und Zerstückelungen suchen konnte. Ihre Voraussetzung war Erhaltung des österreichisch-ungarischen sowie des türkischen Reiches, sie war also wesentlich konservativer Natur. Eine konservative Auslandspolitik bleibt aber die einzig mögliche Friedenspolitik, solange die Menschheit keine anderen Mittel kennt, Veränderungen im äußeren Bestand der Staaten herbeizuführen, als den Krieg. Mit Besorgnis wurden dagegen die imperialistischen Bestrebungen der Westmächte und Rußlands betrachtet, die die Linie der deutschen Weltpolitik rechtwinklig durchschnitten. Nur über die Trümmer Österreich-Ungarns und über den Balkan hinweg konnten sich Westen und Osten die Hände reichen.

Die Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes mußte immer näher rücken, wenn es nicht gelang, die gesamte europäische Mächtekonstellation grundsätzlich zu ändern.

Der Frieden Europas war erst gesichert, wenn der Zarismus gestürzt war und wenn es gelang, die Kluft zwischen Deutschland und den Westmächten zu überbrücken. Diesem Ziel war die Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie fortab mit fieberhaftem Eifer gewidmet. Unterstützte sie auf der einen Seite die Bestrebungen der russischen Revolutionäre — zugleich auch in der Hoffnung, dadurch die Arme zur Befreiung des eigenen Volkes freizubekommen —, so förderte sie auf der anderen Seite die Annäherung an die Westmächte, sie begrüßte kurz vor Kriegsausbruch das deutsch-englische Abkommen über die afrikanischen Kolonien und die Bagdadbahn und wirkte freudig mit den französischen Genossen zusammen, um in den interparlamentarischen Konferenzen von Bern ein zuverlässiges Instrument zur Erhaltung des Friedens zu schaffen.

In der Ferne, aber schon deutlich genug, zeichneten sich die Konturen eines englisch-französich-deutschen Dreibundes vom politischen Horizont ab. Nie war die Hoffnung, durch die Kraft der sozialistischen Parteien eine wirkliche Friedensgarantie schaffen zu können, in der deutschen Sozialdemokratie stärker als im Frühjahr des Jahres 1914, nie schien sie besser begründet!

Auch die früher so lebhaft gehegte Sorge, das persönliche Regiment in Deutschland könnte einen Weltkrieg entfesseln, war geringer geworden. Konnte das fahrig-herausfordernde Treiben eines einzelnen Menschen einen Weltkrieg heraufbeschwören, so hätte er schon längst ausgebrochen sein müssen. Wirkliche Kriegslust traute man dem deutschen Herrscher nicht zu, weil man seine Scheu vor der Verantwortung und die Schwäche seines persönlichen Mutes kannte. Auch machte sich das vernunftlose Treiben des Kaisers vor der Oeffentlichkeit nicht mehr so breit wie in früheren Jahren, seine dauernde Brandmarkung durch die Sozialdemokratie im Reichstag und in der Presse, die letztere mit ungezählten Jahren Gefängnis bezahlt, schien auf die Dauer ihre Wirkung nicht ganz verfehlt zu haben. Daneben wurde nicht genügend beachtet, daß die Führung der auswärtigen Politik ohne Kontrolle des Reichstags und damit auch der Sozialdemokratie eine Gefahr bleiben mußte, und **diese Gefahr nicht rechtzeitig und energisch genug bekämpft zu haben ist die Schuld, zu der wir uns vor aller Welt freimütig bekennen.** Die deutsche Sozialdemokratie und das deutsche Volk hätten, klarsehend, vor keinem Opfer zurückschrecken dürfen, um einem staatsrechtlichen Zustand ein Ende zu machen, der in kritischen Momenten die letzte Entscheidung der aufgeregten Unfähigkeit eines einzigen Mannes überließ.

Es ist selbstverständlich, daß sich die Sozialdemokratie in ständigem Kampfe gegen das chauvinistische Alldeutschtum befand. Aber auch hier wurde ein Fehler der politischen Einschätzung begangen, da man sich meist darauf beschränkte, diese Sorte von deutschem Imperialismus als eine Art von Hansnarrentum zu verspotten, ohne seine Gefahr zu erkennen. In den breitesten politischen Kreisen, die Diplomatie mit eingeschlossen, nahm man die alldeutschen Welteroberungspläne nicht ernst, viele von ihnen wurden in Deutschland eigentlich so recht erst bekannt, nachdem sie, während des Krieges, im Ausland verbreitet worden waren und dort ihre Wirkung getan hatten.

Die deutsche Revolution, die mit der Herrschaft des persönlichen Regiments, des Militarismus und des Alldeutschtums aufräumte, ist zum Unglück der Welt, ganz besonders auch des deutschen Volkes selbst, um fünf Jahre zu spät gekommen. Ihr nicht schon früher den Weg gebahnt zu haben, ist die Schuld, deren wir deutsche Sozialdemokraten, um es noch einmal zu sagen, uns anklagen müssen. Aber freilich wissen wir als Marxisten, daß es nicht vom Willen einzelner Menschen oder Parteien abhängt,

wann und unter welchen Umständen Revolutionen entstehen. Außerdem vermag natürlich niemand auch nur die geringste Gewähr dafür zu übernehmen, daß der Weltkrieg niemals ausgebrochen wäre, wenn es gelungen wäre, die deutschen Kräfte, die zu diesem katastrophalen Erfolg hinzielten, rechtzeitig zu unterbinden. So wenig wie wir deutschen Sozialdemokraten waren auch die sozialistischen und Arbeiterparteien anderer Länder imstande, die Lage sicher zu beherrschen. Ob es überhaupt möglich gewesen wäre, durch die Willenskraft der Arbeiterklasse, die in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung liegenden objektiven Faktoren der Weltkriegsgefahr unschädlich zu machen, bleibt eine ungelöste Frage der Theorie.

Trotzdem glauben wir offen sagen zu müssen, wo nach unserer Ueberzeugung der Fehler unserer politischen Rechnung und die Schwäche unseres Willens gelegen haben. Denn von hier ab befanden wir uns in einer Lage, die sich zwangsläufig gestaltete, aus der es kein Abbiegen und Ausweichen gab, sondern in der wir handeln mußten, wie die Verhältnisse es uns vorschrieben.

Konnte der internationale Sozialismus den Ausbruch des Krieges nicht verhindern, so wurde er, wie immer er sich verhielt, gegen seinen Willen ein Diener ihm feindlicher Mächte. Dem Zaren nicht dienen wollen, hieß dem Kaiser dienen, dem Kaiser nicht dienen wollen, hieß dem Zaren dienen. Wer gegen Foch revoltierte, half Ludendorff, wer gegen Ludendorff meuterte, half Foch. Das galt solange, als die militärische Entscheidung nicht gefallen war. Es gab keinen Ausweg aus diesem Dilemma, und auch die früheren internationalen Sozialistenkongresse haben keinen gezeigt.

Für das Verhalten des internationalen Sozialismus im Weltkrieg ließen sich dreierlei Möglichkeiten denken:

1. Es konnte in allen am Krieg beteiligten Ländern der Generalstreik und der revolutionäre Kampf gegen die herrschenden Gewalten entfesselt werden.

Gegen diesen Plan war u. E. mit Recht der Einwand geltend gemacht worden, daß der angeordnete allgemeine Generalstreik nur in Ländern mit starker sozialistischer Organisation zur Wirkung kommen würde, so daß der Sozialismus automatisch als Bundesgenosse der rückständigsten Mächte wirken würde. Ueberdies haben die Erfahrungen des August 1914 gezeigt, daß die Ausführung dieses Planes in allen Ländern eine vollkommene Unmöglichkeit gewesen wäre.

2. Die sozialistische Internationale konnte sich gewissermaßen als selbständige Macht konstituieren und nach Kriegsausbruch nach eigenen politischen Erwägungen ihren Einfluß zu Gunsten des einen und zum Nachteil des anderen Streitteils geltend machen.

Auch dieser Gedanke, wonach die Internationale ihre Anhänger auf der einen Seite zum Sieg ermutigen, ihre Anhänger auf der anderen Seite aber auffordern müßte, für die Niederlage ihres Landes zu wirken, wäre praktisch unmöglich und auch moralisch nur dann gerechtfertigt gewesen, wenn die Internationale zugleich die Macht besessen hätte, den Rechtsanspruch des nach ihrer Meinung ungerecht Angegriffenen und die Strafe des ungerechten Angreifers nach ihren eigenen Begriffen von Gerechtigkeit abzumessen, mit anderen Worten, wenn sie die Entscheidung des Krieges und danach auch den Inhalt der Friedensverträge diktieren konnte. Sie konnte aber nicht die Russen auffordern auf einen Frieden von Brest-Litowsk und nicht die Deutschen auf einen Frieden von Versailles absichtlich und bewußt hinzuwirken. Für eine Politik der einheitlichen Parteinahme im Kriege fehlten ihr die Garantien der realen Macht.

Waren aber die beiden ersten Wege ungangbar, so blieb nur der letzte offen, nämlich

3. den Sozialisten jedes Landes das Recht zur Teilnahme an dem Kampf ihres Volkes freizugeben und ihnen nur die Pflicht aufzuerlegen, nach Maßgabe ihrer Kräfte auf die rasche Beendigung des Krieges durch einen den sozialistischen Idealen entsprechenden Frieden hinzuwirken.

Nach diesem letzten Grundsatz glaubt die deutsche Sozialdemokratie gehandelt zu haben.

Ueber die Verteilung der Schuld am Kriege waren in unserer Partei die Meinungen geteilt.

Obwohl gegen die Balkanpolitik des Zarismus und ihres serbischen Handlangers das größte Mißtrauen herrschte, war man sich einig darüber, daß der durch die Ermordung des österreichischen Thronfolgers entstandene Konflikt durch ein friedliches Abkommen der Mächte aus der Welt geschafft werden müßte. Der herausfordernde Ton und Inhalt des österreichischen Ultimatums an Serbien wurde einstimmig verurteilt, und einstimmig wurde die Forderung erhoben, daß die deutsche Regierung auf Österreich den stärksten Druck ausüben müsse, um es von seinem den Weltfrieden gefährdenden Vorhaben zurückzuhalten. Der Reichstag war nicht versammelt, und bei den deutschen Verhältnissen, die eine direkte persönliche Einwirkung der verfemten Sozialdemokraten auf die Machthaber ganz unmöglich machte, blieb nur eine Einflußnahme durch die sozialdemokratische Presse möglich, die denn auch in schärfster Form und völlig einheitlich erfolgte. Schließlich, als sich die Lage immer gefährlicher gestaltete, rief die Parteileitung die Berliner Arbeiter zu einer Friedensdemonstration Unter den Linden auf, die unter ungeheurer Beteiligung stattfand und zu heftigen Zusammenstößen mit alldeutschen Gegendemonstranten und mit der Polizei führte.

Für die große Masse war es indes nicht möglich, dem aufgeregten Wirrwarr der diplomatischen Verhandlungen, dessen Bild

sich von Stunde zu Stunde änderte, kritisch zu folgen. Die amtliche Beteuerung, die deutsche Regierung arbeite mit allen Kräften für die Erhaltung des Friedens, blieb nicht ohne Eindruck. Das militärische Vorgehen Oesterreichs gegen Serbien wurde scharf verurteilt, die Hoffnung auf eine Lokalisierung des Konflikts aber nicht aufgegeben, bis den Schleier — für die deutsche Oeffentlichkeit — das Bekanntwerden der russischen Gesamtmobilmachung zerriß. Von diesem Augenblick an waren die Massen wie hypnotisiert von der russischen Gefahr. Alles, was man vom Zarismus und seinen bewaffneten Horden gehört hatte, ließ jeden Deutschen bei dem Gedanken an einen russischen Einbruch in deutsches Land, an einen russischen Sieg und seine Rückwirkungen auf die inneren Verhältnisse Deutschlands erschauern. In dieser Panikstimmung wurde das ganze deutsche Volk ein willfähriges Instrument in der Hand der politischen und militärischen Reichsleitung.

Das Argument, Deutschland dürfe nicht warten, bis Rußlands unermeßliche Menschenmassen an der deutschen Grenze aufmarschiert seien, schlug überall durch. Bei dieser Stimmung konnte selbst die Kriegserklärung an Rußlands Verbündeten, Frankreich, und der Einmarsch in Belgien gewagt werden, ohne daß ein Sturm der Entrüstung ausbrach, der unter anderen Umständen angesichts solcher Handlungen spontan ausgebrochen wäre. Das deutsche Volk war getrieben von wahnsinniger Angst, ganz auf den Willen zur Abwehr eingestellt, als ihm der Belagerungszustand die Binde um die Augen schlang. Der Eintritt Englands in den Krieg konnte das Gefühl nur verstärken, daß jetzt Deutschland als der viel Schwächere einer ungeheuren Weltkoalition gegenüberstand, die nun die Zeit für reif hielt, ihre imperialistischen Pläne blutig zu verwirklichen.

Das war die deutsche öffentliche Meinung bei Kriegsbeginn. Auch die Masse des Proletariats schloß sich ihr widerstandslos an. Der Krieg war ausgebrochen, die Möglichkeit internationaler Verständigung war zerrissen, die Pressefreiheit aufgehoben. Was dann später von Auslandsstimmen noch herüberdrang, schien weniger dazu bestimmt, objektive Wahrheit zu verbreiten als dazu, die moralische Widerstandsfähigkeit des Volkes zu erschüttern, dem Zarismus und seinen Verbündeten den Sieg zu erleichtern. Man mißtraute zu sehr, um noch verstehen zu können.

Gegen eine kleine Minderheit von 14 Mann, bei einer Gesamtstärke von 110, beschloß die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages am Abend des 3. August die Kriegskredite zu bewilligen. Zu denen, die am entschiedensten für diese Haltung der Fraktion eingetreten waren, zählte der ihr nicht zugehörende Kurt Eisner. Die Minderheit, die sich der Fraktionsdisziplin unterwarf und daher nach außenhin nicht in Erscheinung trat, machte für ihre Haltung die verschiedensten Gesichtspunkte geltend. Während die einen, wenig besorgt um die Frage der moralischen

Verantwortung, in dem Kriegsausbruch nur eine Folgewirkung des kapitalistischen Systems sahen, auf dessen Sturz durch die internationale sozialistische Weltrevolution nun hinzuwirken sei, war für die anderen die Auffassung maßgebend, daß der Krieg ein deutscher Angriffskrieg sei und daß der Sieg Deutschlands ein Erstarken der militärischen Reaktion zur Folge haben müßte. Die Auffassung der Mehrheit hingegen läßt sich in folgende Sätze zusammenfassen:

1. Der Sieg einer Koalition, in der Rußland eine ausschlaggebende Rolle spielt, ist dem Fortschritt Europas gefährlicher als ein Sieg Deutschlands. Dieses ist das Land der stärksten sozialistischen Bewegung, seine Niederlage ist daher ein Schaden für die Sache des Sozialismus.

2. Ein überwältigender Sieg Deutschlands über seine Gegner ist bei dem gegebenen Kräfteverhältnis höchst unwahrscheinlich, die Vermeidung einer offenen Niederlage ist das höchste mögliche Ziel und selbst dieses nur durch Zusammenfassung aller Kräfte bis zum äußersten erreichbar.

3. Eine Partei, die sich im Existenzkampf ihrem eigenen Volke versagen würde und sich dadurch mitschuldig an seiner Niederlage machte, hätte ihre Rolle ausgespielt und wäre für alle absehbare Zeit außerstande gesetzt, ihre Ideen durchzusetzen.

Der erste Satz, der für die Haltung der Partei in dem Anfangsstadium des Krieges ausschlaggebend war, hat mit dem Zusammenbruch des Zarismus seine Bedeutung verloren, doch war auch dieser Zusammenbruch nicht möglich, wenn sich die Sozialdemokratie der Aufgabe des Kampfes gegen Osten versagte; dann hätte mit ihrer Hilfe der Zarismus triumphiert und säße heute in der Fülle seiner Macht.

Die beiden anderen Sätze haben bis zum Kriegsende ihre Bedeutung behalten und sind durch die Erfahrung bestätigt. Selbst die höchstgesteigerte Zusammenfassung aller Kräfte hat die schließliche Niederlage mit ihren furchtbaren Folgen nicht verhindern können, und die deutsche Sozialdemokratie schätzt sich glücklich, daß sie sich von jeder Schuld an der Niederlage des deutschen Volkes freiweiß. Andernfalls hätte sie auch nicht bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 über 12 Millionen Stimmen auf sich vereinigen können. Auch die Unabhängigen wünschen nicht die Verantwortung für die Niederlage Deutschlands zu tragen, denn in den Parteikämpfen, die dem Kriege folgten, haben sie die Behauptung der Reaktionäre, sie hätten durch ihre revolutionäre Propaganda den Zusammenbruch des Heeres und den unglücklichen Frieden herbeigeführt, entschieden bestritten. Sie erklären, sachlich zutreffend, daß die Revolution erst ausgebrochen sei, als die Niederlage besiegelt war, und legen auf diesen Punkt das größte Gewicht. Sehr natürlich, denn man kann

nicht die Reaktion als die Schuldige der Niederlage anklagen, wenn man selbst auf der Bank der Angeklagten sitzt.

Wie man sieht, spielt bei diesen Erwägungen die Schuldfrage eine verhältnismäßig geringe Rolle. Die Bewilligung der Kriegskredite fand nicht nur die Billigung der Parteigenossen, die im russischen Imperialismus, seinem Treiben auf dem Balkan und der Unterstützung, die er dabei nach ihrer Ansicht bei den Westmächten gefunden hatte, den eigentlichen Kriegsgrund erblickten, sondern auch bei jenen, die an eine schwere Schuld der eigenen Machthaber glaubten, aber nicht für sie das ganze Volk büßen lassen wollten.

Nach Ausbruch des Krieges schnitt die Zensur alle objektiven Erörterungen der Kriegsschuld ab. Während der amtliche Apparat alle Scheinbeweise für die Schuld der Gegner und die eigene Unschuld häufte und zum Zweck einer dauernden Stimmungsmache gebrauchte, war eine öffentliche Gegenwirkung nicht möglich. Noch am 5. August 1914 konnte eine Reihe sozialdemokratischer Blätter einen Berliner Korrespondenzartikel veröffentlichen, der folgende vielsagende Erläuterung der am Tage zuvor erfolgten Kreditbewilligung enthielt:

> Hätte es sich darum gehandelt, dem herrschenden Regime Vertrauen oder Misstrauen auszusprechen — nie hätte die Sozialdemokratie die Kriegskredite bewilligt.
>
> Wäre es möglich gewesen, durch Ablehnung dieser Kredite den Krieg zu verhindern — nie hätte die Sozialdemokratie die Kriegskredite bewilligt.
>
> Und sollte die Annahme bedeuten, daß die Sozialdemokratie den Schuldigen und Mitschuldigen dieser Weltkatastrophe von ihrer entsetzlichen Verantwortung auch nur das Allergeringste abnehmen wollte — nie hätte die Sozialdemokratie die Kriegskredite bewilligt.
>
> Aber Vertrauen oder Mißtrauen, wir können das herrschende Regime heute nicht beseitigen. Schuld oder Unschuld, der Krieg ist da, der das deutsche Volk mit Knechtschaft oder Vernichtung bedroht, und darum haben die Sozialdemokraten die Kriegskredite bewilligt.

Seitdem wurde jeder Zweifel an der deutschen Unschuld von der Zensur unterdrückt. Die Fraktion, die im Reichstag noch Redefreiheit besaß, war der Meinung, daß die Erörterung der Schuldfrage bis nach dem Kriege zurückgestellt werden müsse, da eine objektive Feststellung der Zusammenhänge früher unmöglich sei. Erst müsse der Brand gelöscht sein, bevor man die Brandstifter suchen könne, war damals eine vielgehörte Redewendung.

Wir halten den damit gegebenen Standpunkt äußerster Reserviertheit in dieser Frage während des Krieges noch heute für den richtigen und bedauern, daß er von der Partei nicht immer mit voller Strenge eingehalten worden ist. Die Parteigenossen, die sich in ehrlicher Ueberzeugung zur Unschuld Deutschlands bekannten, hätten bedenken müssen, daß anders urteilenden Parteigenossen

eine öffentliche Erwiderung aus äußeren und inneren Gründen unmöglich war.

Die Veröffentlichungen der Bolschewiki aus den russischen Staatsarchiven und der Prozeß gegen den früheren russischen Kriegsminister Suchomlinow enthüllten einen Teil der geschichtlichen Wahrheit, indem sie zeigten, daß es auch im gegnerischen Lager an Kriegstreibern, die auf einen bewaffneten Zusammenstoß der Völker hinarbeiteten, nicht gefehlt hat. Gerade hier aber zeigte es sich, wie gefährlich Teilwahrheiten für das Ganze der geschichtlichen Wahrheit sind. Nach den russischen Veröffentlichungen schien den breitesten Kreisen des deutschen Volkes jeder Zweifel an der vollkommenen Unschuld der deutschen Regierung ausgelöscht. Indem die Bolschewiki die Schuld ihrer gestürzten Machthaber an den Pranger stellten, erwiesen sie den deutschen Machthabern wider Willen den allergrößten Dienst.

Das Bild änderte sich erst, als in der ausländischen Presse die Denkschrift des deutschen Botschafters in London vor dem Kriege, des Fürsten Lichnowsky veröffentlicht worden war, wonach es unmöglich wurde, ihren Abdruck in der deutschen Presse zu verhindern. Während diese Denkschrift für das Ausland nur eine Bestätigung dessen war, wozu es sich seit Kriegsbeginn bekannte, schlug sie neun Zehnteln oder neunundneunzig Hundertsteln der deutschen Oeffentlichkeit geradezu ins Gesicht. Aber nur ein kleiner Teil von ihr wurde durch sie in ihrer vorgefaßten Meinung erschüttert. Die überwiegende Meinung ging dahin, daß der deutsche Botschafter Vertrauen an falschem Ort gehegt und sich von seinem schlaueren Gegenspieler, Edward Grey, habe übertölpeln lassen. Man buchte diese Denkschrift als einen neuen Beweis für die Unfähigkeit der deutschen Diplomatie, eine Auffassung, der die Regierung in ihrer damaligen Notlage mit allen Kräften beitrat. Auch in parteigenössischen Kreisen sah man vielfach in dieser Denkschrift nur eine stark persönlich gefärbte und einseitige Darstellung des Verlaufs der Dinge, und man konnte sich mit diesem Urteil auf vereinzelte englische Stimmen berufen.

Hielt die Partei den Versuch, während des Krieges über die Verteilung der Verantwortlichkeit unparteiische und wissenschaftlich haltbare Feststellungen zu treffen, für praktisch undurchführbar und bedenklich, so konzentrierte sie alle Kraft darauf, die Weltlage, soweit es an ihr lag, für einen Verständigungsfrieden reif zu machen. Ihr Ziel war die Beendigung des Krieges in einer militärischen Lage, die es keinem der beiden Teile ermöglichte, diktatorische Forderungen zu stellen, sondern beide Teile nötigte, durch beiderseits freie Verhandlungen einen Ausgleich der Gegensätze herbeizuführen, also der status quo, modifiziert durch freiwillige Abmachungen. Das war der sog. faule Frieden, der „Scheidemannfrieden", wie man ihn in Deutschland nannte, „la paix boiteuse" oder „la paix blanche", wie er in Frankreich hieß. Wir deutschen Sozialdemokraten waren davon überzeugt, daß dieser „Frieden ohne

Sieger und Besiegte" den Interessen des Internationalen Sozialismus am meisten entsprach, und waren der Meinung, die Sozialisten des Auslandes hätten uns besser in dieser richtigen Grundauffassung unterstützt, statt durch überscharfe Kritik unserer wirklichen oder vermeintlichen Fehler unsere Stellung zu schwächen und damit ungewollt den Anhängern der „Knock-out"-Theorie hüben und drüben entgegenzukommen.

Durch ihre Forderung des Verständigungsfriedens geriet die deutsche Sozialdemokratie in den schärfsten Gegensatz zur alldeutschen und Militärpartei. Er steigerte sich soweit, daß in der imperialistischen Presse der Ruf laut wurde, man müsse Ebert und Scheidemann als Landesverräter auf den Sandhaufen stellen und erschießen. Der „Vorwärts" verfiel unter mehrheitssozialistischer Leitung einem Zensurverbot nach dem andern, und schließlich wurden seine Redakteure im Januar 1918 wegen Landesverrats vor ein außerordentliches Kriegsgericht gestellt, wo es dann freilich nicht bis zur Aburteilung kam. Aehnliche Schicksale erlitten die sozialdemokratischen Parteiblätter in der Provinz.

Im Dezember 1916 hatte Wilson seinen neutralen Vermittlungsversuch unternommen. Die Antwort, die er von der Entente erfuhr, wurde von der ganzen öffentlichen Meinung Deutschlands — die der Unabhängigen mit eingeschlossen — dahin verstanden, daß die Entente an ihren imperialistischen Eroberungs- und Zertrümmerungszielen festhalte und den Krieg bis zu ihrer Verwirklichung fortzusetzen entschlossen sei. Daß auch der deutsche Imperialismus den Vermittlungsversuch Wilsons zu durchkreuzen suchte, war damals noch nicht bekannt, volle Klarheit hierüber hat erst die Aussage des früheren deutschen Botschafters in Washington, Grafen Bernstorff, vor dem Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung erbracht. In Deutschland war damals die Ueberzeugung allgemein, daß, wie immer der Krieg entstanden war, die Entente die alleinige Schuld für seine Verlängerung zu tragen habe. Diese Ueberzeugung führte aber wiederum zu dem Rückschluß, daß der Entente dieser Krieg, an dem sie mit so großer Zähigkeit festhalte, von Anbeginn an nicht unwillkommen gewesen sein könne, daß sie ihn vielmehr als einen willkommenen, wenn nicht gar geschickt von ihr selbst herbeigeführten Anlaß betrachte, ihre alte Rechnung mit Deutschland zu begleichen.

Die Kriegsziele der Ententeantwort an Wilson sind durch den Frieden von Versailles erreicht worden, er greift in manchem noch weit über sie hinaus. Das hochgesteigerte Moralgefühl, das die führenden Staatsmänner der Entente während des Krieges zur Schau trugen, hat den Lockungen des Siegfriedens nicht standgehalten, und es hat sich klar erwiesen, daß es ihnen um ihr angebliches Ziel, die Freiheit und den Frieden aller Völker zu sichern, nicht ernst war. Die moralische Entrüstung über die deutsche Kriegsschuld war ihnen nur politisches Mittel zum politischen Zweck, und damit erweist sich die Zurückhaltung, die die deutsche Sozialdemokratie wenigstens im großen und ganzen in diesem Punkte während des Krieges übte, als gerechtfertigt.

Wären es wirklich nur das deutsche Kaisertum und der deutsche Militarismus gewesen, die eine ständige Bedrohung des Weltfriedens darstellten und war dieser nach ihrem Sturze wirklich gesichert, dann dürfte sich die Menschheit jetzt der Hoffnung auf einen ewigen Frieden hingeben. Denn die deutsche Revolution vom November 1918 hat diese Kriegsursachen beseitigt; eine andere Frage aber ist, ob der Frieden von Versailles nicht neue geschaffen hat. Eine restlose Aufklärung der Ursachen, die im Sommer 1914 zum Kriege führten, wird erst möglich sein, wenn einer objektiven geschichtlichen Forschung, die unbeeinflußt sein muß von allen nationalistischen Tendenzen, die Archive sämtlicher Staaten geöffnet sein werden. Bisher ist ihre Oeffnung nur in Rußland, Oesterreich und Deutschland erfolgt. Das Bild, das sich aus ihr ergibt, ist nach unserer Auffassung folgendes:

Die Sorge der deutschen und österreichischen Machthaber, sie könnten eines Tages einem erdrückenden Angriff auf allen Fronten ausgesetzt sein, war nicht unbegründet. Eine vorsichtige Staatskunst hätte trotzdem verlangt, daß alles getan wurde, um die Gefahr des Weltkriegs zu bannen. Sie erforderte die Auflösung der bestehenden Bündnissysteme und die Vereinigung Englands, Frankreichs und Deutschlands zu dem Zweck, den Weltfrieden aufrechtzuerhalten. Eine solche vorsichtige Staatskunst ist in Deutschland nicht getrieben worden, vielmehr war das Gegenteil der Fall. Der im Jahre 1914 ausgebrochene Krieg trägt auf deutscher Seite die Kennzeichen eines verwerflichen Präventivkriegs, der zwar nicht unmittelbar und auf alle Fälle gewollt, aber doch in verbrecherisch leichtfertiger Weise riskiert wurde.

Die deutsche Strafrechtstheorie kennt den Begriff des sogenannten dolus eventualis, der bösen Absicht, die den verbrecherischen Erfolg zwar nicht unter allen Umständen anstrebt, ihn aber doch als mögliche Folge des Handelns voraussieht, ohne ihn innerlich abzulehnen. Ein solcher dolus eventualis war auf seiten der deutschen Machthaber vorhanden, als sie ihre österreichischen Bundesgenossen zum schärfsten Vorgehen gegen Serbien ermutigten, auch auf die Gefahr hin, daß daraus ein Weltkrieg entstehen könnte. Ihre eigentliche Absicht war, Oesterreich ein lokalisiertes Vorgehen gegen Serbien zu ermöglichen und zugleich die an den Balkanfragen mitinteressierten Mächte, namentlich Rußland, durch Einschüchterung in Schach zu halten. Als jedoch Rußland gleichfalls zur Politik der Einschüchterung überging und die Mobilmachung seiner gesamten Streitkräfte ins Werk setzte, fanden oder glaubten die deutschen Machthaber jeden Rückweg gesperrt. Manche von ihnen mögen ihn nicht einmal ernstlich gesucht haben.

Lagen also die tieferen Ursachen des Weltkriegs in den imperialistischen Strömungen aller Länder und in der unglücklichen Mächtekonstellation, so lag sein unmittelbarer Anlaß hauptsächlich, wenn auch nicht ausschließlich, bei der mit Kopflosigkeit gepaarten Gewissenlosigkeit der jetzt gestürzten deutschen und österreichischen Machthaber. Ihre Schuld führte zu ihrem Sturz, der Zusammenbruch der Mittelmächte schuf dem Imperialismus der Weststaaten freie Bahn zur Erreichung längst verfolgter imperialistischer Ziele.

Die deutsche Sozialdemokratie mag in ihrer Haltung während des Krieges im einzelnen Fehler begangen haben, und ganz besonders ist sie natürlich, so wenig wie irgendeine andere Partei, imstande, alle persönlichen Aeußerungen einzelner ihrer Mitglieder mit ihrer Verantwortung zu decken. Sie ist indes auch heute noch der Ueberzeugung, daß ihr die Grundlinien ihres Verhaltens durch die Ereignisse selbst vorgeschrieben waren, und **sie kann sich auch heute noch keinen Vorwurf daraus machen, daß sie nach Kräften bestrebt war, den Sieg eines feindlichen Imperialismus über ihr eigenes Volk zu verhindern.** Sie betrachtet es auf der anderen Seite als selbstverständlich, daß die englischen, französischen und belgischen Genossen das Ihre taten, um einem Sieg des deutschen Militarismus und Annexionismus entgegenzuwirken und daß sie sich ebensowenig auf den guten Willen der deutschen Sozialdemokratie verlassen konnten, eine imperialistische Ausnutzung eines deutschen Sieges unmöglich zu machen, wie die deutschen Sozialdemokraten sich den feindlichen Waffen unterwerfen konnten in der Hoffnung, der ausländische Sozialismus werde einem geschlagenen deutschen Volke zu einem Frieden der Gerechtigkeit verhelfen.

Wenn die Sozialisten von beiden Seiten gegeneinander Vorwürfe erheben, daß sie die Ausschreitungen des Annexionismus nicht mit genügender Schärfe bekämpft hätten — auch die deutsche Sozialdemokratie glaubt gegen die ausländischen Sozialisten diesen Vorwurf erheben zu können —, so liegt der tiefere Grund eines solchen Versagens im allgemeinen wohl in der Schwierigkeit des Problems selbst. Wie schwer, ja wie unmöglich es ist, gegen einen siegreichen oder sich siegreich dünkenden Imperialismus die Ansprüche internationaler sozialistischer Gerechtigkeit durchzusetzen, haben die Sozialisten auf beiden Seiten der Reihe nach erfahren müssen.

Der Kampf gegen den heimischen Imperialismus hatte uns deutsche Sozialdemokraten in eine Lage gebracht, die die ausländischen Genossen während des Krieges selbst beim besten Willen nicht verstehen konnten. Sie glaubten es mit einem einheitlichen Deutschland zu tun zu haben, mit einem eroberungslustigen Kaiser an der Spitze, dem die sozialdemokratischen Arbeiter blindgehorsam folgten. In Wirklichkeit war Deutschland — durch die Schuld der alldeutschen Annexionisten — vom ersten Tage des

Krieges an gespalten. Erst Veröffentlichungen, die nach dem Kriege erfolgt sind, ganz besonders die Aussagen vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß, haben dem Ausland die ganze Schärfe dieses inneren Kampfes und die Gruppierung der Kräfte in ihm enthüllt. Die treibende Kraft des Kampfes gegen die Militärpartei war von Anfang an die Sozialdemokratie, der Kampf konnte aber nur auf dem Boden der Landesverteidigung geführt werden. Verließ die Sozialdemokratie diesen Boden, so trennte sie sich von Bundesgenossen, die zu stärken die einfachste taktische Erwägung gebot. Erschienen wir als die „vaterlandslosen Gesellen", als die wir vor dem Kriege hingestellt worden waren, so hatte die Militärpartei leichtes Spiel. Wenn wir also den Ton, in dem wir uns zum Schutz unseres Landes bereit erklärten, gelegentlich forcierten, so taten wir das, um zu zeigen, daß niemand berechtigt sei, seine bessere Vaterlandsliebe gegen uns auszuspielen; wir taten es, um zu zeigen, daß wir, die wir für den Verständigungsfrieden eintraten, für Deutschland kämpften gegen diejenigen, die Deutschland verdarben. Durch unser Bekenntnis zur Landesverteidigung wollten wir uns nicht der Militärpartei unterwerfen, sondern im Gegenteil die Kraft finden, sie zu bekämpfen. Daraus ergaben sich taktische Situationen, die dem Ausland ebenso unverständlich bleiben mußten, wie uns manche Vorkommnisse im Ausland, die wir nur kopfschüttelnd betrachten konnten.

Heute jedoch sollte die Stunde gekommen sein, in der sich die arbeitenden Völker aller Länder wieder verstehen lernen. Und so stehen wir nicht an, offen auszusprechen: Wir deutschen Sozialdemokraten verstehen die Enttäuschung, die wir vielen von Euch, Genossen der vormals feindlichen Länder, bereiteten, wir verstehen Eure Erbitterung. Ihr saht nur das kaiserliche Deutschland, das in Euren Augen wie ein toller Hund über die Welt herfiel, Ihr sahet nur den deutschen Militarismus, der auf fremdem Boden wütete wie ein wildes Tier — und unser Verhalten schien vielen von Euch nichts anderes als Mitschuld und Beteiligung an solchen Gräueln. Wir aber sahen ein Volk, das sich angegriffen glaubte, das mit den höchsten Opfern sein nationales Dasein verteidigte und das wußte, daß es am Tage seiner Niederlage einem erbarmungslosen Gegner ins Auge blicken würde. Wir sahen ein Volk, das in solchem Glauben und solchem Wissen Ungeheures leistete und Unnennbares erduldete, wir sahen die wachsende Uebermacht der Gegner und fühlten die würgende Hand der Hungerblockade an unserer Kehle. Wenn sich unser Empfinden gegen vieles aufbäumte, was wir von der Kriegsleitung unserer Machthaber erfuhren — vieles erfuhren wir nicht — so sagten wir uns doch auch, **daß eine Kriegführung, die Kinder und Frauen, Kranke und Greise dem Hungertod überlieferte, mit keiner andern über den Grad der beiderseitigen Moralität rechten könne.**

Mögen wir auch Fehler begangen haben, wir können es nicht als Fehler betrachten, daß wir den Worten Eurer Staatsmänner nicht

trauten, die listig um unsere Hilfe warben, uns unsere Waffen mit tönenden Versprechungen abzuschmeicheln versuchten und schließlich, als wir waffenlos waren, ihr Wortbrachen! Sie mögen nicht schlechter gewesen sein als unsere Machthaber, aber besser waren sie ganz gewiß nicht. Und ihrer war schließlich der Erfolg. Ihr seht, was geworden ist; es ist eben das, was wir zu verhindern bestrebt waren! Ihr seht, daß der Sieg, um den sich so viele von Euch bemüht haben, ein Sieg des Kapitalismus geworden ist, der gekrönt ist von einem Frieden der Gewalt. Euch ist jetzt die Aufgabe zugefallen, die internationale Gerechtigkeit herzustellen, die durch diesen Frieden kaum weniger schwer verletzt ist, als sie je durch einen „deutschen Frieden" verletzt werden konnte, uns die Aufgabe, den Geist der Revanche zu bannen, der durch den Versuch, altes Unrecht durch neues Unrecht gutzumachen, in den alten Fehlerkreis zurückfällt. Gemeinsam ist uns die Aufgabe, nach Maßgabe der Verhältnisse unserer Länder für den Aufstieg des arbeitenden Volkes und für den Sieg des Sozialismus zu wirken, für den Geist der internationalen Solidarität, der allein die klaffenden Wunden des Krieges zu heilen imstande ist. Gemeinsam ist uns die Aufgabe, an die Stelle einer imperialistischen Karikatur des Völkerbundes den sozialistischen Völkerbund zu setzen.

Die Schuld derer, die aus Gewissenlosigkeit, Vorurteil und Angst den Krieg entzündeten, ist ebenso schwer wie die Schuld jener, die die Welt mit neuen Kriegsgefahren schwängerten, Jugoslawen und Italiener, Polen und Tschechoslowaken, Ukrainer und Polen gegeneinander trieben und eine siebenfache deutsche Irredenta schufen. Ihr habt das nicht verhindert, konntet es nicht! Ja, manche von Euch wollten es vielleicht auch nicht! Doch es ist nicht die Zeit, miteinander zu rechten.

Wir Sozialisten aus beiden Heerlagern des Weltkriegs sollen aufrichtig genug sein, zu sagen, daß wir einander sehr viel schuldig geblieben sind, und wir sollen klarsehend genug sein, zu erkennen, daß dieses beiderseitige Versagen darauf zurückzuführen ist, daß unsere Kräfte den Elementarkräften, die der Krieg entfesselte, nicht gewachsen waren. Wenn uns Kritik und Selbstkritik nötig sind, so ist uns allen vor allem eins nötig: stärker zu werden, so stark, daß keine Macht das nun geschlossene Kriegstor, das unserer Bewachung anvertraut ist, jemals wieder öffnen kann. Diese Kraft können wir nicht gewinnen durch Selbstzerfleischung und Zersplitterung, sondern nur durch die nationale und internationale Einigkeit des Sozialismus. Für sie einzutreten sind wir bereit.

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.